



Positiv abgestimmte Anträge
BMHS/BS SchülerInnenparlament

Zurzeit werden die Unterrichtsgegenstände Deutsch, Englisch, die zweite lebende Fremdsprache, und noch ein paar mehr ab einer Klassenschülerhöchstzahl von 21 Schüler/innen geteilt. In den Kernfächern von berufsbildenden mittleren und höheren Schulen wie zum Beispiel Rechnungswesen und Betriebswirtschaftslehre in einer Handelsakademie, oder Hotel- und Gastronomiemanagement in einer HBLA werden die Klassen nicht geteilt. Ein/e Lehrer/in muss diese Fächer teilweise vor einer Klasse mit 36 Schüler/innen im ersten Jahr unterrichten. Gerade zu Beginn ist es schwer, den Unterrichtsstoff eines BMHS spezifischen Gegenstandes den Schüler/innen bestmöglich zu vermitteln.

Forderungen:

- Teilungen in den BMHS schwerpunktspezifischen Fächern ab einer Klassenschülerhöchstzahl von 21 Schüler/innen.
- Abgleichung der Notengebung durch Kommunikation der Lehrer/innen

Umbau der Toilettenanlagen in der Mollardgasse

Jakob Schefcik
Berufsschule Mollardgasse

nr 2

Die delegierten Schulsprecher der Berufsschulen (bzw. Jakob Schefcik) der Mollardgasse, stellen den Antrag:

Des Umbaus der Toiletteanlagen in der Mollardgasse. Die Hygienezustände in den WC's der Mollardgasse sind genauso schlecht wie ihr Ruf. Natürlich sind dafür die Benutzer verantwortlich, doch es liegt auch am „Handling“ welches man „überspannten“ Berufsschülern des Baugewerbes in die Hand gibt. Der Einbau von Schüsselsystemen wie dzt. In der BS f. Metall- und Glastechnik und der Einbau von Pissoirs würde nicht nur die Reinigungskosten senken, sondern auch die Verweildauer beim Klogehen, damit auch die Verschmutzung, sowie den Missbrauch des WC's als Raucherkammerl.

Forderungen:

- Umbau der Toilettenanlagen mittels Pissoirs und nötigenfalls mit einem Schüsselsystem.

Schulinterner Turnsaal in der Mollardgasse öffnen

Jakob Schefcik
Berufsschule Mollardgasse

nr 3

Die delegierten Schulsprecher der Berufsschulen

der Mollardgasse (bzw. Jakob Schefcik), stellen den Antrag:

Für aller Berufsschüler der Mollardgasse den Schulinternen Turnsaal zu öffnen und durch den KuS Sport- und Bewegungsangebote zu setzen. Bezug nehmend auf den hohen Spannungszustand unter den Berufsschülern im Baugewerbe sowie die vorherrschende Gewaltbereitschaft aufgrund des Platzmangels erfordern ein kompensatorisches Vorgehen im Betreuungsbereich des Mollardgebäudes. Seit Jahren wird die Einrichtung einer neuen Lehrlingsinsel gefordert (1400 Schüler/Tag und nur 30 Plätze in der Lehrlingsinsel), doch aufgrund des Klassenplatzmangels immer abgesagt. Da der Turnsaal um 2 Mio. Euro für die Berufsschüler gebaut wurde – 2 Wochen vor der Eröffnung in einen Gemeindeturnsaal umgewidmet wurde und nun an Vereine Vermietet wird, schauen die Lehrlinge nun jahrelang durch die Finger. Die Öffnung des Turnsaals, verbunden mit Sportangeboten zum Ausagieren überschüssiger Energien (organisiert durch den KuS der sich lt. Brigitte Eberhart dafür interessiert zeigt), hat das Potential die Gesamtschulstimmung zu verbessern und ein pro-soziales Schulklima zu schaffen. Die Forderung einer „2. Lehrlingsinsel“ wäre damit erfüllt, sowie ein großflächiges kompetentes Betreuungnetz installiert, welches sich auch auf andere Problembereiche des Mollardgebäudes auswirkt.

Forderungen:

- Öffnung des Turnsaals zu den Mittagspausen für alle Berufsschüler des Mollardgebäudes (damit auch Aufkündigung der Mietverträge mit den dortigen Vereinen!!!) und Sportliche Aktivitäts-Betreuung durch den KuS.



Die delegierten Schulsprecher der Berufsschulen der Mollardgasse (bzw. Jakob Schefcik), stellen den Antrag:
Eine Einführung eines Informationstages der speziell für Berufsschüler im Baugewerbe zugeschnitten ist: Durch den konkreten situativen Ansatz dieser Schülergruppe, ergeben sich Problemfelder, die hier häufiger auftreten und daher eines größeren Augenmerks bedürfen. Inhalt dieses Informationstages ist statt Unterricht, das Ziel „Leben Lernen“ als Vermittlung von Emotionaler und Sozialer Kompetenz in den unterschiedlichsten Lebenslagen denen sich Lehrlinge häufig konfrontiert sehen.

- Notschlafstellen für 14-18 (-21) jährige; Einrichtung „A_Way - Wenn ich von zuhause rausgeworfen werde - wo kann ich schnell übernachten?
- Frontarbeit der AK in der Schule - Ansprechpartner für die Berufsschüler wenn die Lehrlingsentschädigung nicht gezahlt wird, man in der Lehrstelle ausgenutzt wird etc.
- Kontaktmöglichkeit zu DSA's und Psychologen sowie Drogen- und Gewaltprävention. Die Schule verfügt über keine DSA's und können (falls überhaupt Möglichkeit besteht) nur an die DSA's der Lehrlingsinseln weitervermitteln.
- Verfügbarkeit von professioneller Hilfe zur Drogen- und Gewaltprävention.
- Anti-mobbing Hilfe für junge Schwule und Lesben - Die „Peer-ConneXion“ bietet Workshops für Klassen an die ein Problemfeld mit der Homo-Thematik haben mit dem Ziel des sozialen Kompetenztrainings.

Forderungen:

- Einführung eines Informationstages für alle Schüler/innen in Bezug auf die oben genannten Thematiken

Verpflichtende Informierung für alle Schüler/innen und Lehrer/innen bezüglich Zentralmatura

Dejan Brenner **nr 5**
VBS Augartenstraße

Im Schuljahr 2014/2015 wird die Zentralmatura in allen BMHSen eingeführt. Bis jetzt gab es weder offizielle Informationen für Lehrer/innen bzw. Schüler/innen. Die Schüler/innen, die die neue Reifeprüfung betreffen, wissen nicht was sie erwartet. Das ist der Grund, warum die Abneigung zu dieser zentralen Abschlussprüfung so groß ist. Auch die Lehrer/innen sind nicht genügend informiert.

Gerade in den ersten und zweiten Klassen müsste der Unterricht schon zu Beginn Richtung Zentralmatura ausgerichtet werden, damit die Schüler/innen bestmöglich darauf vorbereitet werden. Ohne direkten Informationsfluss ist dies aber nicht möglich.

Desweiteren gibt es noch keine ausgereiften Schulbücher für die neue Reifeprüfung. Lehrer/innen können ohne geeignete Unterrichtsmittel nicht unterrichten und Schüler/innen dies daher nicht gut erlernen.

Wir fordern deshalb eine verpflichtende Informierung für alle Schüler/innen und Lehrer/innen bezüglich Zentralmatura.

Forderungen:

- Verpflichtende Fortbildungen für Lehrer/innen in Hinblick auf die neue Reifeprüfung
- Informierung der Schüler/innen, die die Zentralmatura betrifft
- Einführung von ausgereiften Schulbüchern in Hinblick auf die Zentralmatura im Schuljahr 2011/2012.
- Broschüre über die neue Reifeprüfung vom bmukk.

Übungsfirmen werden in den Handelsakademien und Handelsschulen oftmals gegründet und es ist auch öfters ein eigenes Fach. Die Übungsfirma soll ein Musterbeispiel für praxisnahen Unterricht sein, jedoch ist oftmals dies nicht der Fall. Sowohl Schulbücher als auch der Unterricht zur Übungsfirma fehlt es an Kompetenz und Realität, so dass das Unterrichtsfach „Übungsfirma“ zu den unbeliebtesten in den berufsbildenden Schulbereich gehört. Durch neue Unterrichtsmethoden in diesem Fach sowie einer noch realitätsnäheren Umsetzung der Übungsfirmen und deren Verkaufs- und Marketingmöglichkeiten würden die Schüler/innen ein viel größeres Interesse in das Fach „Übungsfirma“ wecken und würden somit interessiert auch mit Interesse und Spaß praxisnahen Unterricht genießen können.

Forderungen:

- neue Unterrichtsmethoden im Unterrichtsfach „Übungsfirma“
- Schaffung von realitätsnäheren Möglichkeiten für Übungsfirmen
- Schulung für Lehrer/innen für eine einheitliche Übungsfirma

Fächer anrechnen lassen

Gabriel Matejka
IBC Hetzendorf

nr 7

In vielen Fachhochschulen Österreichs hat man die Möglichkeit, ein oder mehrere Semester zu überspringen, wenn man das Fach oder eine ähnliche Prüfung in der Schule schon absolviert hat.

Möglich ist dieses Überspringen und Quereinsteigen, wenn sich die Stoffgebiete der entsprechenden Universität und der abgeschlossenen Schule überschneiden.

Das ist besonders für Absolventen berufsbildender Schulen ein großer Vorteil, da man so Vorlesungen und Prüfungen von der Schule nicht doppelt ablegen muss. Man kann mit seinem geprüften Wissen das Studieren ohne Zeitverlust beginnen.

Leider gibt es im Moment dafür dieses System an den Universitäten Wiens nicht.

Die Anrechnung zwischen Fachhochschule und Universitäten muss gerechtfertigt und fair sein.

Forderungen:

- Gleiche Anrechnungsmöglichkeit von Stoffeinheiten bei der Universität wie bei der Fachhochschule
- Anrechnung der Praxisstunden und Einheiten, die schon während der Schulzeit gemacht wurden



Maßgeschneidertes Lernen

Cornelia Kolmann
BAKIP Kenyongasse **nr 8**

Viele von uns kennen es: Man hat ein Fach, das einen besonders interessiert und welches für den späteren Beruf relevant ist. Doch man streift im Unterricht die Themen nur oberflächlich, da keine Zeit gut mehr bleibt. So verfallen individuelle Interessen und es fällt schwer, sich in einem Fach zu vertiefen.

Um dem entgegenzusteuern, soll es ab der 3. Klasse die Möglichkeit geben, sich zwei Fächer, die einen selber interessieren, auszuwählen, um sich so weiter spezialisieren zu können.

Damit wir aber nicht noch mehr Stunden dazu bekommen und unser Unterricht qualitativ hochwertiger wird, sollen die total veralteten Lehrpläne überarbeitet werden und die Pflichtfächer auf die Mindeststundenzahl, die man zur Matura braucht, reduziert werden.

Dies bietet viele Vorteile: So können Inhalte im Wahlpflichtfach wiederholt, aber auch näher darauf eingegangen werden. Dies hilft dann auch bei der Matura, da man so mehr Hintergrundwissen erlangt. Außerdem werden in den so entstandenen neuen Fächern auch die Klassen durchmischt. Dieser Austausch verbessert das gesamte Schul- und Lernklima.

Wahlpflichtfächer für maßgeschneidertes Lernen und gegen starre Strukturen!

Forderungen:

- Ab der 3. Klasse zwei Wahlpflichtfächer, die man individuell wählen kann, und in denen man auch zur Matura antreten kann.
- Dafür sollen die Lehrpläne neu überarbeitet und auf die wesentlichen Inhalte und so auf die Mindeststundenzahl reduziert werden.
- Aus den Nebenfächern wie zum Beispiel Chemie, Physik, etc. können die Wahlfächer ausgesucht werden.
- Mitbestimmungsrecht im Lehrplan von Schüler/innen



Finanzielle Förderung für Auslandssemester und -praktika

Vera Hochgerner
BAKIP Kenyongasse

nr 9

Auslandssemester werden immer beliebter. Häufig verbringen Schüler_innen die elfte und zwölfte Schulstufe im Ausland. Dabei hat man die einzigartige Möglichkeit, ein Land aus einem völlig anderen Blickwinkel kennenzulernen und Erfahrungen für das weitere Berufsleben zu sammeln.

Da ein Auslandssemester eine sehr teure Angelegenheit ist, ist es meistens nur für Schüler_innen mit sehr wohlhabenden Eltern möglich. Es sollte aber für alle Schüler_innen möglich sein und daher von der EU und den Elternvereinen der einzelnen Schulen gefördert werden. Eine „kleinere“ Art des Auslandssemesters ist das Auslandspraktikum. An meiner Schule, der Bakip Kenyongasse, haben jedes Jahr 20 Schüler_innen der zwölften Schulstufe die Möglichkeit auf ein dreiwöchiges Auslandspraktikum in einem finnischen oder eine englischen Kindergarten. Dieses Praktikum wird von der EU gefördert und bietet eine sehr gute Möglichkeit die anderen Länder kennen zu lernen und Erfahrungen im Ausland zu sammeln.

Forderungen:

- Finanzierung von Auslandspraktika für Schüler_innen der zwölften Schulstufe durch die EU an allen Berufsbildenden Höheren Schulen
- Finanzielle Unterstützung durch die EU
- Bezahlung auf Mindestlohnbasis für alle Berufspraktika im In- und Ausland
- Erleichterung der VISA Zugänge
- Verpflichtende monatliche Information von Lehrer/innen an Schüler/innen, die gerade ein Auslandspraktikum absolvieren, damit die Schüler/innen informiert werden, welcher Unterrichtsstoff gerade durchgemacht wird.

Verpflichtende € 500,- Lehrlingsgehalt JETZT

Viola Fleck
Berufsschule
für Einzelhandel **nr 10**

Verschiedene Lehrberufe, verschiedene Menschen und auch verschiedene Lehrlingsentschädigung.

Derzeit verdient ein Zahntechnikerlehrling im ersten Lehrjahr nur 241,00 Euro im Monat. Nicht nur die Unterschiede zwischen Lehrberufen sind groß und sollen angepasst werden.

Mit oben genanntem Beispiel ist es unmöglich für einen Lehrling selbstständiger zu werden oder/und die Eltern zu unterstützen.

Obwohl Lehrlinge auch in vielen Firmen ein wichtiger Bestandteil sind und oft die gleiche Arbeit ausführen wie jemand der für 1.400,00 EUR eingestellt ist, verdienen diese oft nur 20% des Gehaltes. Es darf in der heutigen Gesellschaft nicht mehr sein, dass wir Lehrlinge für einen Hungerlohn ausgenutzt werden. Durch solche Dinge ist das Interesse an Lehren gesunken und wenn hier Maßnahme ergriffen wird, würde ein Lehrberuf viel attraktiver erscheinen.

Man sieht es in der Praxis: Lehrlinge bei Firmen, die von sich aus mehr bezahlen, sind glücklicher und viel motivierter an der Arbeit.

Lasst uns gemeinsam zeigen, dass wir uns nicht ausnutzen lassen.

Forderungen:

- Folgende Mindestentschädigungen: 1. Lehrjahr: € 500 / 2. Lehrjahr: € 700 / 3. Lehrjahr: € 900 / 4. Lehrjahr: € 1100 für alle Lehrberufe



Zwei-Wege-Ausbildung für BMHS Lehrer/innen

Stefan Catic
Tourismusschulen **nr 11**
Modul

Im Gegensatz zur AHS zeichnet unseren Schultyp gerade der Praxisbezug und die spezifische Berufsausbildung aus. Wir lernen einen Beruf und werden gezielt in eine Richtung ausgebildet. Demnach ist es in unserem Bereich umso wichtiger, dass die Lehrkräfte diesen Praxisbezug mit sich führen. Diese können uns Schüler/innen nicht nur das Wissen vermitteln, sondern bringen auch ihre, in den entsprechenden Berufen gemachte, Erfahrung mit.

Doch leider ist das an einigen Schulen bzw. in deren Unterrichtseinheiten nicht der Fall. In vielen Schulen unterrichten einerseits oftmals Lehrpersonen, die in diesem Bereich keine Berufserfahrung aufweisen sondern „nur“ Gelehrte sind.

Andererseits gibt es einige Lehrer/innen, die keine pädagogische Ausbildung haben und z.B.: aus der Wirtschaft kommen. So wissen viele von ihnen nicht, wie sie mit uns Schüler/innen gut umgehen.

Wir fordern deshalb Lehrer/innen, die sowohl eine pädagogische Ausbildung als auch berufsspezifische Praxiserfahrung haben.

Forderungen:

- Verpflichtende Praxisausbildung für BMHS Lehrer/innen
- Verpflichtende regelmäßige Weiterbildung für BMHS-Lehrer/innen in Bezug auf berufsspezifische Praxis
- Pädagogikausbildung für BMHS Lehrer/innen, die kein Lehramt studiert haben

Praktika in allen BMHS Alexander Forstinger VBS Hamerlingplatz nr 12

Derzeit gibt es in den meisten BMHSen verpflichtende Praktika, um neben der Schule Praxis zu erlangen. Allerdings gibt es leider nicht in allen Schulformen, wie z.B. in der Handelsakademie bzw. Handelsschule diese Praktika, was eindeutig zu einem Nachteil gegenüber den anderen Schulen führt, da die Praxis bei jeder Jobannahme ein wichtiges Kriterium ist. Aufgrund dessen sollte es die Möglichkeit auf ein Praktikum für alle Schüler/innen geben.

Forderungen:

- Verpflichtendes, entgeltliches Praktikum für alle Schüler/innen einer BMHS, um den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern und Berufserfahrung zu sammeln.
- Dieses zweimonatige Praktikum soll während den fünf Jahren BMHS absolviert werden und kann jeder Zeit absolviert werden, d.h. Ferialjobs, Auslandsjobs, geringfügige Dienstverhältnisse, ...
- Diese zwei Monate sollen ein Antrittskriterium für die Matura sein.
- Die Schule ist verpflichtet, die Schüler/innen bei der Jobsuche so lange zu unterstützen, bis diese einen haben.
- Praktikum in jeder gewünschten Berufssparte in den BHS

Trennung der Schulsprecherwahl den den BMHS

Yüsa Durak
VBS Floridsdorf

nr 13

Zurzeit ist es an den BMHS so, dass es einen Schulsprecher gibt, oder an den HTL Abteilungssprecher und wieder einen Schulsprecher für die ganze Schule. Es gibt oft Schulkomplexe wo HAK und HAS in einem Gebäude sind.

Wenn sich dann zum Beispiel ein/e Kandidat/in von der HAK bzw. von der HAS aufstellen lässt, wählen deren Schüler/innen aus dem Bereich immer den/die Kandidaten/in.

Gewinner/in ist immer der/die, wo die meisten Schüler/innen im Schulartbereich sind.

Das System wie es in HTLs bzw. Modeschulen mit Abteilungssprecher/innen funktioniert, gibt es in der HAK nicht.

Die zwei Abteilungssprecher/innen wechseln sich untereinander im Halbjahr ab wer dann Schulsprecher/in wird.

Forderungen:

- Abteilungssprecher/innen in BMHS mit verschiedenen Abteilungen
- Falls die Notwendigkeit seitens der Schüler/innen nicht besteht, findet keine Abteilungssprecherwahl statt

Aufklärung über BMHS, BS und ZLA in der Unterstufe

Marcel Kilic
TGM

nr 14

In der letzten Klasse der Unterstufe wird aufgeklärt, welche weiterführenden Schulen besucht werden können. Primär wird dabei aber die AHS Oberstufe erläutert und wenige Zweige der BMHS. Dass es zusätzlich noch eine Berufsschule mit Lehre gibt, die aus verschiedenen Lehrberufen besteht, sowie ZLA (oder Bundesschulen) wird ignoriert.

Es ist essentiell, dass die Unterstufenschüler/innen über ALLE Möglichkeiten informiert werden, welche ihnen nach der Unterstufe geboten werden.

Dies soll aber nicht durch Lehrer/innen, sondern mittels eines Informationstages durch Experten und Schüler/innen der jeweiligen Schulartbereiche ablaufen.

Forderungen:

- Verpflichtender Informationstag für Unterstufenschüler/innen der letzten Klassen, um Informationen über die Schwerpunkte der BMHS, der Berufsschulen und ZLAs zu bekommen.
- Bei diesem Informationstag sollen Experten und Schüler/innen der jeweiligen Schulartbereiche eingeladen werden.

